

222, 2.10. 2014

Der Lehrplan 21 steht im Gegenwind

Das Volk soll entscheiden

ase. · Bevor der Lehrplan 21 von den Deutschschweizer Erziehungsdirektoren definitiv verabschiedet wird, steht das bildungspolitische Grossprojekt in der Kritik. Die Opposition rekrutiert sich nicht nur aus den politischen Parteien, auch Eltern und Lehrer äussern sich skeptisch. Die Gegner des Lehrplans wollen eine Diskussion auf politischer Ebene. In mehreren Kantonen laufen Bemühungen, das Volk über die Harmonisierung entscheiden zu lassen. Die Kritik am Lehrplan zeigt Wirkung: Die Aargauer Regierung hat seine Einführung um drei Jahre verschoben.

Schweiz, Seite 11

Meinung & Debatte, Seite 21

Das Volk soll den Lehrplan 21 kippen

In den Kantonen wächst der Widerstand gegen eine weitere Harmonisierung im Schulbereich

22. 2. 16. 2014

In den nächsten Wochen wollen die Erziehungsdirektoren den Lehrplan 21 zuhanden der Kantone verabschieden. Dort organisieren sich die Gegner. Noch ist schwer abzuschätzen, welche Kraft die Opposition gegen den neuen Lehrplan hat.

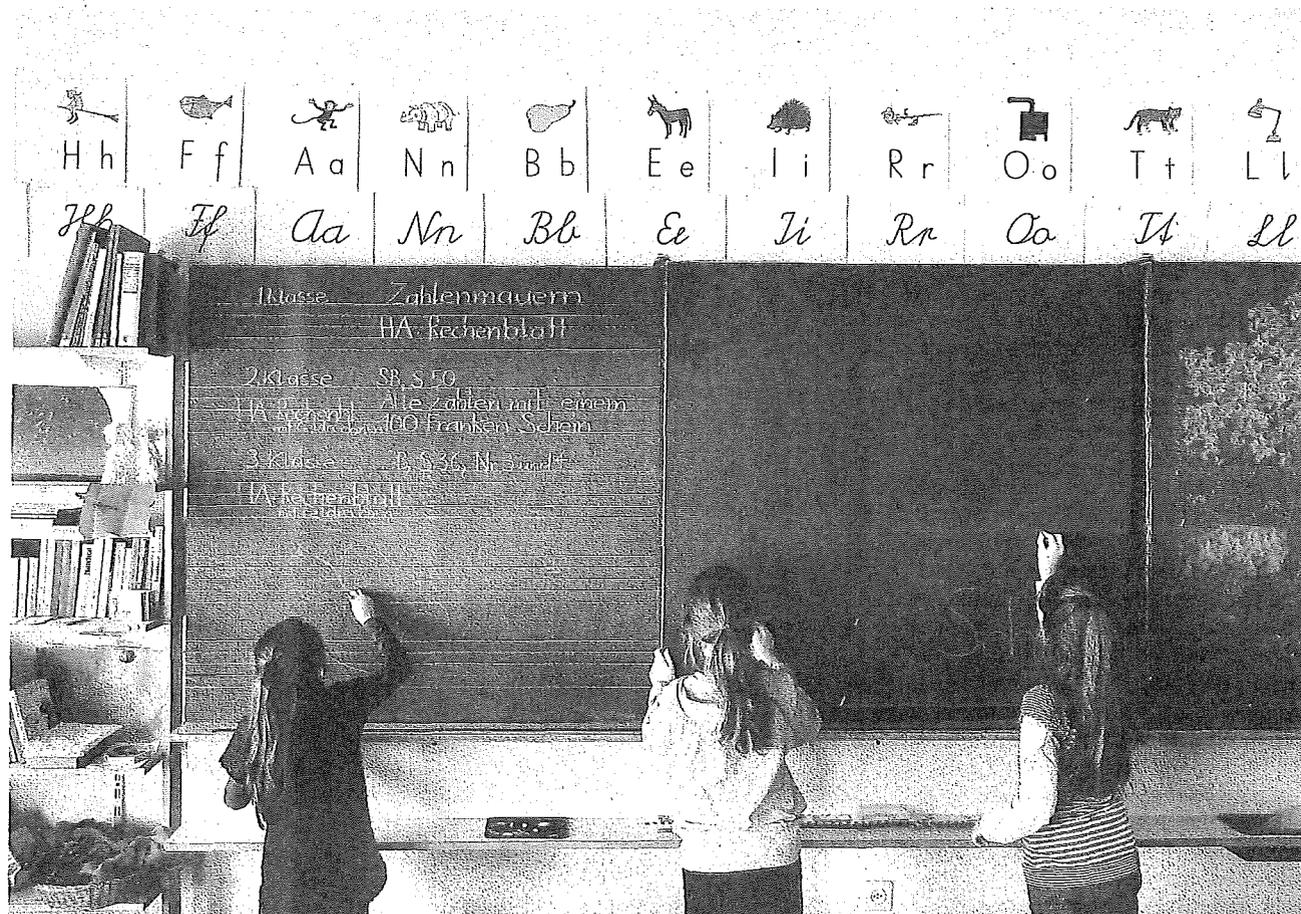
Daniel Gerny, Erich Aschwanden, Jörg Kruppenacher

Irgendwann im nächsten Jahr, so schwebt es Saskia Olsson vor, setzt das Baselbieter Volk dem ganzen Spuk ein Ende. Olsson steht an der Spitze eines Vereins im Kanton Basel-Landschaft, der den Lehrplan 21 ins Visier nimmt. Die Unterschriften für eine Initiative, welche den Austritt aus dem Harmos-Konkordat verlangt, sind bereits gesammelt. Harmos ist die Grundlage für den neuen Lehrplan. Kantone, die dem Konkordat angehören, sind verpflichtet, diesen zu übernehmen. Noch warten die Gegner mit der Einreichung des Volksbegehrens zu – aus taktischen Gründen. Das Volk soll erst entscheiden, wenn Bildungsdirektor Urs Wüthrich (sp.), ein Befürworter des Lehrplans, nicht mehr im Amt ist. Seinen Rücktritt hat Wüthrich für Mitte 2015 angekündigt.

Parlamente für Lehrplan 21

Es ist pikant, dass der Angriff ausgerechnet im Kanton Basel-Landschaft erfolgt, also in jenem Kanton, der 2002 den Anstoss für den Harmonisierungsprozess im Bildungsbereich gab. Doch auch wenn der Widerstand im Baselbiet bisher am weitesten fortgeschritten ist, Skepsis und Ablehnung gegen den Lehrplan manifestieren sich in beinahe der ganzen Deutschschweiz. Die Gegner versuchen die Diskussion auf die politische Ebene zu heben. Die Stossrichtung ist klar: Nicht Regierungsräte und Bildungsräte sollen über den Lehrplan entscheiden, sondern die Kantonsparlamente – und nötigenfalls das Volk an der Urne.

Parlamentarische Vorstösse mit diesem Ziel wurden unter anderem in den Kantonen Zürich, Bern, Luzern, St. Gallen, Solothurn, Zug und Thurgau eingereicht. «Die Entwicklung der Schule ist zu wichtig, als dass man sie alleine dem Regierungsrat überlassen dürfte», lautet die Begründung zum Thurgauer Vorstoss, dessen Behandlung noch aussteht. Nur ein Entscheid des Parlaments mit anschliessender Referendumsmöglichkeit schaffe die notwendige Akzeptanz. Bisher hatten diese Anträge wenig Chancen. Lehrpläne sol-



Die Schülerinnen und Schüler sollen vermehrt Kompetenzen statt blosses Wissen vermittelt bekommen.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZ

len nicht zum Spielball politischer Partikularinteressen werden, lautet der Tenor in den Kantonsparlamenten.

Der Druck zeigt dennoch Wirkung. Am deutlichsten manifestiert sich das bis jetzt in den Kantonen Aargau und Graubünden. Die Aargauer Regierung hat im Sommer die Einführung des Lehrplans um drei Jahre verschoben. In Graubünden übt sich Bildungsdirektor

Martin Jäger (sp.) gar in voreilem Gehorsam. Er stellte gleich selbst in Aussicht, den Lehrplan 21 dem Grossen Rat zur Genehmigung vorzulegen. Damit ist das Dossier hoch offiziell zur politischen Verhandlungssache geworden. Die Zurückhaltung der Legislative wird in anderen Kantonen denn auch nicht verstanden: Die Luzerner SVP-Politikerin Barbara Lang beispielsweise ärgert

sich, dass das Parlament bildungspolitische Themen nicht anzupacken magt.

Deshalb soll nun das Volk entscheiden. Auch im Kanton Luzern wird eine Initiative mit ähnlicher Stossrichtung wie im Baselbiet vorbereitet. Weil Luzern bei Harmos abseitssteht, wäre es zur Übernahme des Lehrplans gar nicht verpflichtet. Das macht es für die Initianten einfacher. Nach dem Willen von

Zu wenig Wissen, zu viel Ideologie, zu teuer

dgy. Im Harmos-Konkordat, das Ziele des Unterrichts und Schulstrukturen festlegt, wird die Harmonisierung der Lehrpläne auf sprachregionaler Ebene postuliert. Im Lehrplan 21 werden die Lernziele für den Unterricht aller Stufen der Volksschule geregelt. Er soll zum wichtigsten Planungsinstrument für Schulen und Bildungsbehörden werden. Kritisiert wird er aus diversen Gründen: > Der neue Lehrplan ist nach dem Prinzip der Kompetenzorientierung aufgebaut, Wichtig ist nicht nur, dass ein bestimmter Lernstoff unterrichtet wird, sondern, dass die Schüler damit umzugehen verstehen. Die Gegner sehen darin einen Abbau der Wissensvermittlung: Künftig genüge es, wenn der Schüler das

Einmaleins kenne und wisse, wo er es finden könne. Er müsse es aber nicht mehr beherrschen – ganz nach dem Motto: Wozu denn auch, es gibt ja Taschenrechner.

> Der Lehrplan 21 sieht zwei Fremdsprachen auf der Primarschulstufe vor. Der Luzerner Lehrerverband fordert daher, die Einführung zu verschieben, um kein Fait accompli zu schaffen. Verknüpfungen zwischen den Themen Fremdsprachen und Lehrplan zeigen sich auch in personeller Hinsicht: So in Luzern: Die Lehrer finden in Barbara Lang, die sich an vorderster Front für die kantonale Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» engagierte, eine natürliche Verbündete.

> Widerstand gibt es aus ideologischen Gründen. So sind gewisse religiöse Organisationen der Ansicht, dass der Lehrplan das christlich-jüdische Weltbild nicht vermittele. Andere kritisieren das «permanente Gender-Mainstreaming» und die «Indoktrination der Kinder». Vor allem im Bereich «Mensch, Natur, Umwelt» stehe nicht das Wissen, sondern ein bestimmtes Gesellschaftsbild im Vordergrund.

> Auch finanzpolitische Überlegungen werden vorgebracht. Die Einführung sei mit hohen Kosten verbunden, die im Widerspruch zu den Sparprogrammen in vielen Kantonen stünden.

Ende Oktober wird der Lehrplan zur Einführung an die Kantone übergeben.

Lang soll nun das Volk künftig über die Einführung von Lehrplänen abstimmen. Im Kanton Aargau wurde ebenfalls – trotz Verschiebung der Einführung – bereits eine Initiative lanciert. In St. Gallen hat der Verein «Starke Volksschule» zwei Initiativen eingereicht, über deren Gültigkeit die Regierung demnächst entscheiden wird. Verlangt wird unter anderem der Ausstieg aus dem Harmos-Konkordat.

Gegner in fast allen Parteien

Nicht nur in geografischer Hinsicht ist die Opposition vielschichtig, auch die Motivation dafür ist breit gefächert (vgl. Zusatz). Dies widerspiegelt sich in der Zusammensetzung der Gegnerschaft. Auffällig ist zwar, dass die parlamentarischen Vorstösse häufig von SVP-Vertretern eingebracht werden, doch anders als bei der Bekämpfung von Harmos wird der Widerstand gegen den Lehrplan 21 nicht eindeutig von dieser Partei angeführt. Involviert sind ebenso CVP-, GLP-, EVP-, EDU- sowie vereinzelt FDP- und Grünen-Vertreter. Gegner finden sich wie im Fall von Saskia Olsson auch ausserhalb der Parteipolitik. Claudia Meier vom Verein «Eltern für eine gute Volksschule» sagt: «Wir wollen den Widerstand von unten herbeiführen.» Denn der Lehrplan 21 würde sämtliche Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre im Schulbereich zementieren. Auch unter den Lehrern wächst der Widerstand. So stehen etwa hinter der Gründung des Vereins «Starke Volksschule St. Gallen» ein Schulpräsident, ein Schulrat, Lehrer und Eltern.

Nicht bei allen Gegnern erschliesst sich deren Hintergrund auf den ersten Blick. Diese Heterogenität macht es schwierig, die Kraft und Dynamik der Opposition gegen den Lehrplan einzuschätzen. Die Diskussion ist schwer fassbar und inhaltlich diffus, was auch darauf zurückzuführen ist, dass die Materie komplex ist und der Lehrplan in seiner endgültigen Fassung noch nicht vorliegt. Die Entscheide in den Parlamenten deuten zwar darauf hin, dass der Opposition eine breite Abstützung im politischen Betrieb fehlt. Dies muss bei einer allfälligen Volksabstimmung aber nichts bedeuten. Auch im Falle von Harmos sah es zuerst lange danach aus, als ob dem Konkordat kein ernstzunehmender Widerstand erwachsen würde – bis Luzern 2008 den Beitritt ablehnte und damit eine Kettenreaktion auslöste.

Zweifelloos kommt der Abstimmung in Basel-Landschaft eine Signalwirkung zu, denn hier wird sich zeigen, ob in Sachen Lehrplan 21 der erste Dominostein fällt.

Meinung & Debatte, Seite 21

Der Lehrplan 21 darf die politische Arena nicht scheuen

Bevor er in der definitiven Fassung vorliegt, steht der Lehrplan 21 in der Kritik.

Dies muss kein schlechtes Omen sein für das Grossprojekt. Von Erich Aschwanden

NZZ, 2.10.2014

Die provokative Frage «Wie viel Politik erträgt die Schule?» stand 2009 im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung des Dachverbands der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH). Die Diskussion war geprägt durch einige verlorene Volksabstimmungen. Mehrere Kantone aus der Zentral- und Ostschweiz hatten es abgelehnt, der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, kurz Harmos, beizutreten. Damals beklagten verschiedene Tagungsteilnehmer, in den letzten Jahren sei zu wenig gründlich über Schule und Bildung diskutiert worden. Es brauche die Einführung einer «Landsgemeindedemokratie», wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion verlangt. So könne verhindert werden, dass Projekte wie Harmos und der Lehrplan 21 zum Scheitern verurteilt wären.

Bildungsfragen bewegen

Fünf Jahre später wird wohl niemand ernsthaft behaupten, Schul- und Bildungsfragen würden von Politik und Öffentlichkeit als Quantité négligeable behandelt. Die Frage, welche Fremdsprachen in den öffentlichen Schulen gelehrt werden sollen und in welcher Reihenfolge, droht zu einer ernsthaften Belastung für den eidgenössischen Zusammenhalt zu werden. Der von den Parlamenten angestrebte Beitritt zum Harmos-Konkordat wurde in sechs Kantonen vom Volk verworfen und in Obwalden vom Kantonsrat sisiert. In diversen Kantonen konfrontierte die SVP beziehungsweise ihre Jungpartei die Stimmberechtigten an der Urne mit der Frage, ob im Kindergarten nur noch in Mundart unterrichtet werden darf.

Bereits zeichnet sich die nächste Schlacht auf dem bildungspolitischen Terrain ab. Casus Belli ist der Lehrplan 21. Mit diesem Projekt sollen die Ziele festgelegt werden für den Unterricht aller Stufen der Volksschule. Das umfangreiche Werk soll das wichtigste Planungsinstrument für Lehrpersonen, Schulen und Bildungsbehörden werden. Schon bevor der Lehrplan 21 Ende Oktober von den Erziehungsdirektoren der Deutschschweiz definitiv verabschiedet wird, steht das Harmonisierungsvorhaben im Gegenwind unterschiedlichster Gruppierungen und Interessenvertreter.

Skepsis wurde zunächst in verschiedenen Kantonsparlamenten laut. Eine weit über die SVP hinausgehende Gegnerschaft ist bemüht, die Einfüh-

rung des Lehrplans 21 von einer Sache der Bildungspolitik zu einer Angelegenheit des Volkes zu machen. Bisher fanden diese Versuche, das Volk oder wenigstens die Volksvertreter in den Kantonsräten in dieser Sache urteilen zu lassen, kaum Anklang bei den Entscheidungsträgern. Doch die Diskussion ist damit keineswegs abgeschlossen. Inzwischen wurden bereits in mehreren Kantonen Volksinitiativen lanciert oder zumindest angekündigt. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass an verschiedenen Orten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das letzte Wort haben werden.

Für dieses Szenario spricht, dass auch an der Basis eine nicht zu unterschätzende Unruhe festzustellen ist. Unabhängig von den politischen Parteien formiert sich eine bunt gemischte Opposition, die von besorgten Eltern bis zu weltverschwörerisch geprägten Gruppierungen reicht. Nicht gerade förderlich für eine reibungslose Inkraftsetzung ist auch, dass inzwischen der Lehrerdachverband der Einführung des Lehrplans 21 nur zustimmen will, wenn in den Klassenzimmern genügend zeitliche und finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Das ist keine einfach zu erfüllende Forderung angesichts der zahlreichen Sparpakete, die nicht zuletzt Einschnitte im Bildungswesen zur Folge haben. Skeptisch reagieren teilweise auch wirtschaftsnahe Stimmen, denen die wettbewerbskritische Ausrichtung des Lehrplans 21 missfällt.

Vertrauen schaffen

Die Erziehungsdirektoren der 21 beteiligten Kantone tun gut daran, diese breite Palette von Bedenken bei der Überarbeitung des Projekts in Betracht zu ziehen. Vor allem aber ist es notwendig, eine breite und sachliche Diskussion in der politischen Arena zu führen, sobald der Lehrplan 21 definitiv vorliegt. Bisher war die Ausarbeitung des grössten bildungspolitischen Vorhabens seit Bestehen des Bundesstaates, wie es etwas hochtrabend schon genannt wurde, fast ausschliesslich eine Sache von und für Experten. Die Politik muss sich auf die geforderte «Landsgemeindedemokratie» einlassen, um einen Flickenteppich wie bei Harmos zu verhindern.

Es gilt das Vertrauen zu schaffen, das im Schulwesen angesichts zahlreicher Reformen in den letzten Jahren gelitten hat. Nur ein breit abgestützter und akzeptierter Lehrplan 21 kann die ihn gesetzten, hohen Erwartungen erfüllen.